Dazu könnten gehören:

die Senkung der Ausgaben für militärische Zwecke und ein Rüstungsstopp,

die Reduzierung der ausländischen Truppen sowohl auf dem Territorium Westdeutschlands als auch auf dem Territorium der DDR,

die Bestellung von Vertretern der Sowjetunion bei den in Westdeutschland stationierten Truppen der Westmächte und von Vertretern der Westmächte bei den in der DDR stationierten Truppen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

die Einrichtung von Kontrollbodenstationen auf Flugplätzen, an Eisenbahnknotenpunkten, an Fernverkehrsstraßen und in größeren Häfen zur Verhütung von Überraschungsangriffen.

Wir gehen davon aus, daß diese und ähnliche Maßnahmen mithelfen, die internationale Lage weiter zu entspannen und den Frieden zu sichern.

Verehrte Abgeordnete!

Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Politik gegenüber Westdeutschland von den nationalen Interessen unseres Volkes leiten. Wie kürzlich der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, sagte, haben das von ihm unterbreitete Sieben-Punkte-Programm für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten und die Vorschläge über die Bildung gemeinsamer Kommissionen aus Vertretern beider Regierungen in vollem Maße ihre Gültigkeit behalten. Durch die Entwicklung einer sachlichen Zusammenarbeit und normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kann die Herbeiführung einer deutschen Friedensregelung gefördert und die Bildung einer deutschen Konföderation vorbereitet werden.

Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik haben ein breites internationales Echo ausgelöst. Es zeugt von zunehmender Einsicht, wenn sich heute selbst in den Ländern der NATO immer mehr Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von irrealen Vorstellungen befreien